

FRANKREICH

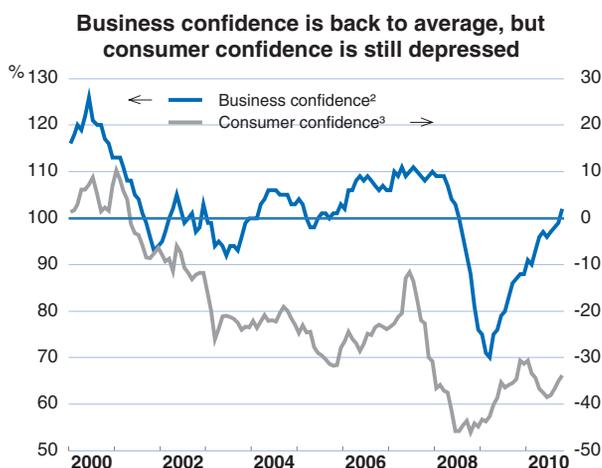
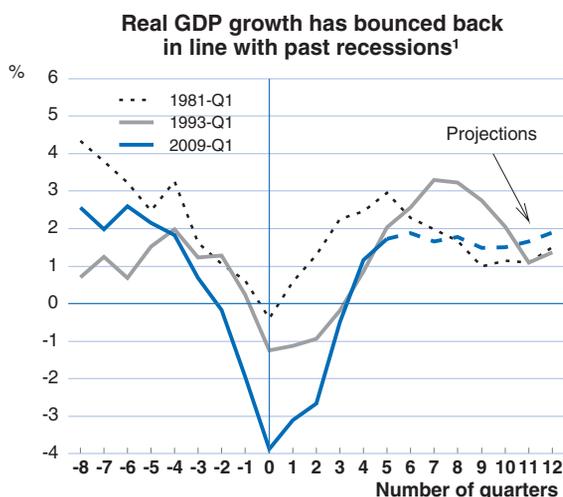
Nach einer leichten Abschwächung der Wirtschaftstätigkeit in den letzten Monaten wird sich das reale BIP-Wachstum unter dem Einfluss der Unternehmensinvestitionen und der Exporte den Projektionen zufolge bis 2012 langsam in Richtung einer Jahresrate von 2% bewegen. Die Arbeitslosenquote hat ihren Höchststand erreicht, wird aber voraussichtlich nur geringfügig zurückgehen, während die Preisauftriebstendenzen angesichts der bei etwa 1% jährlich liegenden Trendrate der Inflation gedämpft bleiben werden.

Der fiskalpolitische Kurs wird 2011 restriktiv sein müssen. In der Folgezeit sollte eine weitere Konsolidierung darauf abzielen, die Staatsschuldenquote bis 2013 durch eine Eingrenzung der Ausgaben und Ausweitung der Steuerbasis zu stabilisieren, bevor sie 95% erreicht. Da die Rentenreform nun verabschiedet ist, könnte eine nachhaltige Kürzung der Ausgaben bei gleichzeitiger Steigerung des langfristigen Produktionspotenzials durch Reformen des Gesundheitswesens und der öffentlichen Verwaltung erreicht werden. Sofern Mehreinnahmen notwendig sind, sollte der Schwerpunkt auf der Erhebung von Umwelt- und Vermögensteuern liegen. Ferner sollte der fiskalpolitische Rahmen gestärkt werden, um die Glaubwürdigkeit zu erhöhen.

Das Tempo der Erholung hat sich seit dem Frühjahr verlangsamt

Das reale BIP-Wachstum erreichte mit einer annualisierten Rate von 2,8% im Frühjahr einen Höchststand, und Kurzzeitindikatoren deuten für die Folgezeit auf eine relativ moderate Konjunkturverlangsamung hin. Nach einer z.T. durch das allmähliche Auslaufen des Abwrackprämienprogramms bedingten Pause ist der private Konsum zu seinem Aufwärtstrend zurückgekehrt, während das Wachstum der Unternehmens- wie auch Wohnungsbauinvestitionen erstmals seit Ende 2007 wieder im positiven Bereich liegt. Die Wohnimmobilienpreise haben den Großteil ihrer im Zeitraum 2008-2009 erlittenen Verluste wettgemacht, und die Immobilien-transaktionen haben sich ebenfalls kräftig belebt. Die Exporte waren robust, und auch die Lageraufstockung hat erheblich zum Wachstum beigetragen. Trotz unsteter Entwicklungen bei der Industrieproduktion hat sich das Geschäftsklima im Industriesektor kontinuierlich aufgehellt.

France



- 0 corresponds to the quarter in which the troughs of the series have occurred; year-on-year growth rates.
- Balance of responses, per cent; the indicator is normalised in order to have its long-term average equal to 100.
- Balance of responses, in points.

Source: INSEE; OECD, Economic Outlook 88 database.

StatLink  <http://dx.doi.org/10.1787/888932345470>

France: **Employment, income and inflation**
Percentage changes

	2008	2009	2010	2011	2012
Employment	1.4	-0.9	0.3	0.7	0.7
Unemployment rate ¹	7.4	9.1	9.3	9.1	8.8
Compensation of employees	3.1	0.1	2.4	2.5	2.8
Unit labour cost	3.0	2.7	0.8	0.9	0.7
Household disposable income	3.0	1.1	2.2	2.0	2.5
GDP deflator	2.6	0.5	0.4	1.0	1.1
Harmonised index of consumer prices	3.2	0.1	1.6	1.1	1.1
Core harmonised index of consumer prices ²	1.8	1.4	1.0	1.0	1.1
Private consumption deflator	2.9	-0.4	1.1	0.9	1.0
<i>Memorandum item</i>					
Unemployment rate ³	7.8	9.5	9.7	9.5	9.3

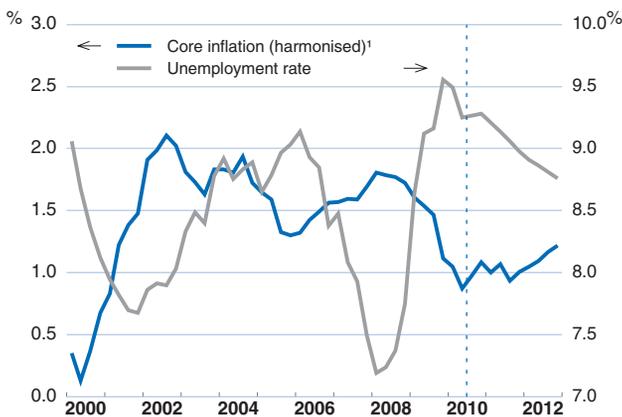
1. As a percentage of labour force, metropolitan France.
 2. Harmonised index of consumer prices excluding food, energy, alcohol and tobacco.
 3. As a percentage of labour force, national unemployment rate, includes overseas departments and territories.
- Source: OECD Economic Outlook 88 database.

StatLink  <http://dx.doi.org/10.1787/888932347066>

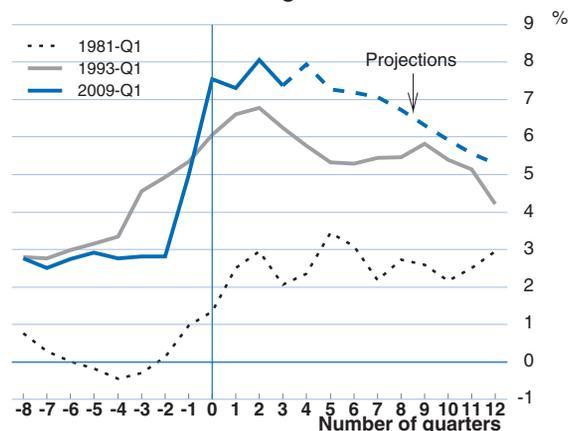
Die Arbeitsproduktivität ist im Zeitraum 2008-2009 drastisch gesunken, 2010 aber – wie bereits in früheren Erholungsphasen – erneut in die Höhe geschneilt. Nach einem Höchststand von 10% hat bei der Arbeitslosenquote eine langsame Rückbildung begonnen, die Langzeitarbeitslosigkeit ist aber weiter rasch gestiegen. Während jüngere Arbeitskräfte vom Anstieg der Arbeitslosigkeit in der ersten Phase der Krise besonders stark in Mitleidenschaft gezogen worden waren, sind es seit Anfang 2010 die älteren Arbeitskräfte, die sich größeren Schwierigkeiten gegenübersehen. Das Konsumklima bleibt eingetrübt, und die Trendrate der Inflation scheint sich – auf niedrigem Niveau – stabilisiert zu haben.

France

Inflation pressures are subdued



The public deficit has stabilised but at a high level²



1. Year-on-year growth rates.

2. As a percentage of GDP; 0 corresponds to the quarter in which the troughs in the GDP series have occurred.

Source: OECD, Economic Outlook 88 database.

StatLink  <http://dx.doi.org/10.1787/888932345489>

France: **Financial indicators**

	2008	2009	2010	2011	2012
Household saving ratio ¹	15.4	16.2	15.9	15.5	14.9
General government financial balance ²	-3.3	-7.6	-7.4	-6.1	-4.8
Current account balance ²	-1.9	-1.9	-2.2	-2.3	-2.4
Short-term interest rate ³	4.6	1.2	0.8	1.1	1.8
Long-term interest rate ⁴	4.2	3.6	3.0	3.3	4.1

1. As a percentage of disposable income (gross saving).

2. As a percentage of GDP.

3. 3-month interbank rate.

4. 10-year benchmark government bonds.

Source: OECD Economic Outlook 88 database.

StatLink  <http://dx.doi.org/10.1787/888932347085>

**Die finanziellen
Bedingungen waren
konjunkturstützend ...**

Von den rückläufigen langfristigen Zinssätzen und einem bis vor kurzem schwachen Euro ist eine konjunkturstützende Wirkung ausgegangen, die allerdings wieder abklingen wird. Die vier französischen Banken, die vom Ausschuss der Europäischen Bankenaufsichtsbehörden einem Belastungstest unterzogen wurden, zeigten eine leicht stärkere Widerstandsfähigkeit als der Durchschnitt der Europäischen Union: Das Stressszenario hatte nur einen geringfügigen Rückgang der durchschnittlichen Kernkapitalquote von 9,9% auf 9,3% zur Folge. Die Kreditvergabe an den privaten Sektor hat im vergangenen Jahr dank der Gewährung von Hypothekenkrediten im privaten Wohnungsbau in einem Kontext günstiger Kreditangebotsbedingungen um 3% zugenommen.

France: **Demand and output**

	2009	2010	2011	2012	Fourth quarter		
					2010	2011	2012
	Current prices € billion				Percentage changes from previous year, volume (2000 prices)		
Private consumption	1 112.6	1.5	1.6	2.2	1.1	1.9	2.4
Government consumption	469.7	1.6	0.6	0.0	1.0	0.2	-0.1
Gross fixed investment	392.1	-1.8	2.8	4.3	0.8	3.6	4.4
Public	63.9	-0.7	0.9	0.4	-0.4	0.8	0.1
Residential	110.2	-2.5	1.3	2.4	0.1	1.9	2.5
Non-residential	218.0	-1.8	4.1	6.3	1.4	5.3	6.6
Final domestic demand	1 974.4	0.9	1.6	2.1	1.0	1.8	2.2
Stockbuilding ¹	- 30.0	0.6	0.4	0.0			
Total domestic demand	1 944.3	1.5	2.0	2.1	1.9	1.8	2.2
Exports of goods and services	439.6	9.9	6.4	6.3	11.7	5.5	6.7
Imports of goods and services	476.7	8.8	7.5	6.2	11.8	5.5	6.5
Net exports ¹	- 37.1	0.1	-0.5	-0.1			
GDP at market prices	1 907.2	1.6	1.6	2.0	1.7	1.7	2.1

Note: National accounts are based on official chain-linked data. This introduces a discrepancy in the identity between real demand components and GDP. For further details see *OECD Economic Outlook Sources and Methods* (<http://www.oecd.org/eco/sources-and-methods>).

Detailed quarterly projections are reported for the major seven countries, the euro area and the total OECD in the Statistical Annex.

1. Contributions to changes in real GDP (percentage of real GDP in previous year), actual amount in the first column.

Source: OECD Economic Outlook 88 database.

StatLink  <http://dx.doi.org/10.1787/888932347104>

... und die Arbeitsmarktpolitik hat zur Abfederung der Schocks beigetragen

Obwohl der Anstieg der Langzeitarbeitslosigkeit auf Grund der möglichen Hystereseeffekte, die eine Erhöhung der strukturellen Arbeitslosigkeit zur Folge haben könnten, besorgniserregend ist, haben die Politikverantwortlichen während dieser Rezession frühere Fehler vermieden, indem sie der Förderung von Frühverrentungsprogrammen widerstanden und ganz allgemein darum bemüht waren, die Bindung entlassener Arbeitskräfte an den Arbeitsmarkt aufrechtzuerhalten. Der Zugang zu Arbeitslosenunterstützungsleistungen für Personen mit Kurzzeitverträgen ist gelockert worden. Es sind einige befristete Maßnahmen verabschiedet worden, um die Teilzeitbeschäftigung zu erleichtern, die Zahl der subventionierten Arbeitsplätze zu erhöhen und kleinen Betrieben Finanzierungsfazilitäten anzubieten. Wichtig ist, dass diese Maßnahmen im Zuge der fortschreitenden Erholung zurückgenommen werden. Ferner dürfte die gerade verabschiedete Rentenreform das langfristige Produktionspotenzial durch eine höhere Erwerbsbeteiligung älterer Arbeitskräfte steigern, und gleichzeitig zu einer strukturellen Verbesserung der öffentlichen Finanzen beitragen.

Der finanzpolitische Kurs wird 2011 angemessen gestrafft

Nachdem die Fiskalpolitik im Jahresverlauf 2010 im Großen und Ganzen neutral ausgerichtet war, wird sie 2011 einen Restriktionskurs einschlagen. Angesichts der verhältnismäßig hohen Steuereinnahmen und niedrigeren Schuldendienstzahlungen ist damit zu rechnen, dass sich das gesamtstaatliche Defizit 2010 auf 7,4% des BIP verringern wird. Die Regierung hat sich verpflichtet, das Defizit bis 2011 auf 6% des BIP und bis 2014 nach und nach auf 2% zurückzuführen, ein Niveau, ab dem dann die Staatsschuldenquote gedrosselt werden könnte. In Anbetracht des vor der Krise erreichten Schuldenstands und seiner nachfolgenden Entwicklung ist das diesem Plan zufolge vorgesehene Konsolidierungstempo notwendig, damit von den öffentlichen Finanzen keine Bedrohung für die makroökonomische Stabilität ausgeht.

Eine Reihe von Maßnahmen wird zur Konsolidierung beitragen

Für 2011 wird damit gerechnet, dass sich die konjunkturbereinigte Primärbilanz um etwa 1% des BIP verbessern wird. Dies wird nahezu gleich großen Beiträgen seitens folgender Maßnahmen zu verdanken sein: Der in den Krisenbewältigungspaketen enthaltenen, sich selbst umkehrenden Maßnahmen, der Beseitigung von Begleitmaßnahmen, die ergriffen worden waren, um die Abschaffung der investitionsfeindlichen lokalen Gewerbesteuer umzusetzen, Einschnitten bei Steuervergünstigungen sowie Kürzungen bei den laufenden Ausgaben. Die zwei letztgenannten Maßnahmen sollen im Jahr 2012 vertieft werden. Zu den weiteren angekündigten Maßnahmen mit geringerer Auswirkung zählen ein Lohnstopp, die Nichtbesetzung jeder zweiten frei werdenden Stelle in der Zentralregierung und eine neue Banksteuer. Die Projektionen lassen bis 2012 eine Reduzierung des Gesamtdefizits um 1,3% des BIP erwarten, wobei dieser Wert von der Zielvorgabe der Regierung nur auf Grund unterschiedlicher Annahmen für die Entwicklung des Produktionswachstums abweicht.

Reformen sind vonnöten, um den Konsolidierungskurs beizubehalten

Schließlich sind weitere Aktionen notwendig. Der Aufwärtstrend bei den Gesundheitsausgaben muss z.T. durch eine Verringerung der Verwaltungskosten eingedämmt werden. Einsparungen können auch durch eine Vertiefung der Reform der Staatsverwaltung erzielt werden, indem die große Zahl subnationaler Verwaltungsebenen reduziert und die allgemeine Prüfung der öffentlichen Politik auf alle Ebenen der öffentlichen Verwaltung ausgeweitet wird. Da zur Erreichung der Haushaltsziele möglicherweise auch Steuererhöhungen notwendig sind, sollte die Steuerbasis durch Einschnitte bei den am wenigsten effizienten Steuervergünstigungen ausgeweitet werden. Ferner wäre es überlegenswert, umweltbezogene externe Effekte, wie CO₂-Emissionen, stärker zu besteuern und andere am wenigsten verzerrend wirkende Steuern anzuheben, d.h. die Vermögensteuern und die Mehrwertsteuer, insbesondere für Produkte, für die ein ermäßigter Satz gilt.

Die Glaubwürdigkeit muss gestärkt werden

Was die langfristige Glaubwürdigkeit betrifft, so legt Frankreichs schwache Bilanz bei der Erreichung der in seinen sukzessiven Stabilitätsprogrammen festgelegten Defizitziele den Schluss nahe, dass der Haushaltsrahmen verstärkt werden sollte: Dies könnte erreicht werden, indem die im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspakts eingegangenen Verpflichtungen gleichzeitig in mehrjährige, im Parlament verabschiedete Gesetze eingebettet und Ausgabenabweichungen vom Haushalt im Lauf eines Jahres begrenzt werden sowie ein unabhängiger Finanzbeirat zur Vorhersage makroökonomischer Entwicklungen, Überwachung des Haushaltsvollzugs und Erarbeitung von Ex-post-Evaluierungen eingerichtet wird.

Die Konjunktur wird sich langsam beleben

Das reale BIP-Wachstum wird sich den Projektionen zufolge zwischen 2010 und 2012 schrittweise von 1,6% auf 2,0% erhöhen. Die privaten Investitionen und die Exporte dürften u.a. dank der dynamischen Weltkonjunktur und der stärkeren Inlandsnachfrage in Deutschland lebhaft sein. Die Arbeitslosenquote wird voraussichtlich aber nur geringfügig zurückgehen, so dass der Preisdruck gedämpft bleibt, bei einer Trendrate der Inflation von etwa 1%. Der private Konsum dürfte sich stetig beschleunigen, was durch einen Rückgang der Sparquote in Richtung Vorkrisenniveau unter dem Einfluss des sich aufhellenden Konsumklimas infolge der geringeren Erwerbslosigkeit sowie des sinkenden Haushaltsdefizits gefördert wird. Das Leistungsbilanzdefizit dürfte langsam auf rd. 2½% des BIP steigen.

Erhebliche Unsicherheitsfaktoren bestehen fort

Die Risiken, denen die Wirtschaft ausgesetzt ist, haben sich nicht merklich verringert. So sind sowohl die Wirtschaftstätigkeit im Ausland als auch die Wechselkursentwicklungen mit großer Unsicherheit behaftet. Schwierigkeiten in Verbindung mit dem Finanzierungsbedarf peripherer EU-Länder könnten 2011 erneut aufkommen und Volatilität an den Märkten für Staatsanleihen zur Folge haben und mithin das Geschäftsklima eintrüben. Günstiger könnte die Entwicklung indessen ausfallen, wenn die Bemühungen um die Wiederherstellung solider öffentlicher Finanzen insgesamt durch eine Verringerung des Vorsorgeverhaltens belohnt würden.



From:
OECD Economic Outlook, Volume 2010 Issue 2

Access the complete publication at:
https://doi.org/10.1787/eco_outlook-v2010-2-en

Please cite this chapter as:

OECD (2011), "Frankreich", in *OECD Economic Outlook, Volume 2010 Issue 2*, OECD Publishing, Paris.

DOI: https://doi.org/10.1787/eco_outlook-v2010-2-8-de

Das vorliegende Dokument wird unter der Verantwortung des Generalsekretärs der OECD veröffentlicht. Die darin zum Ausdruck gebrachten Meinungen und Argumente spiegeln nicht zwangsläufig die offizielle Einstellung der OECD-Mitgliedstaaten wider.

This document and any map included herein are without prejudice to the status of or sovereignty over any territory, to the delimitation of international frontiers and boundaries and to the name of any territory, city or area.

You can copy, download or print OECD content for your own use, and you can include excerpts from OECD publications, databases and multimedia products in your own documents, presentations, blogs, websites and teaching materials, provided that suitable acknowledgment of OECD as source and copyright owner is given. All requests for public or commercial use and translation rights should be submitted to rights@oecd.org. Requests for permission to photocopy portions of this material for public or commercial use shall be addressed directly to the Copyright Clearance Center (CCC) at info@copyright.com or the Centre français d'exploitation du droit de copie (CFC) at contact@cfcopies.com.